



Pressemitteilung

Bonn, 4. Januar 2018

Bundesnetzagentur sperrt 2017 rund 460.000 unsichere Elektrogeräte

Präsident Homann: „Viele unsichere Produkte kommen aus Fernost“

Im Jahr 2017 hat die Bundesnetzagentur im Internet rund 460.000 Produkte vom Markt genommen, die Funkstörungen bzw. elektromagnetische Unverträglichkeiten verursachen können.

„Der Trend der letzten Jahre hält an, dass über das Internet viele unsichere Produkte auf den deutschen Markt gelangen. Viele dieser Produkte kommen aus Fernost. Wir beenden Angebote unsicherer Produkte auch dort, wo die Händler nicht mit uns kooperieren“, erklärt Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur. Er ergänzt: *„Unsere Marktüberwachung ist ein Beitrag zum Verbraucherschutz, der auch vorbeugend wirkt.“*

Überprüfungen im Internethandel

Im Jahr 2017 hat die Bundesnetzagentur 665 Angebote von unsicheren Produkten beendet, die Funkstörungen oder elektromagnetische Unverträglichkeiten verursachen können. Betroffen waren insgesamt rund 460.000 Produkte. Der Trend aus den vergangenen Jahren hält an, dass im Internet zahlreiche unsichere Produkte angeboten werden. 2016 wurden 537 Angebote beendet. Die Anzahl der betroffenen Produkte war damals höher, da unter anderem 744.000 FM Transmitter gesperrt wurden.

Unter den rund 460.000 Produkten befanden sich 388.000 Funkkopfhörer, die sicherheitsrelevante Polizeifunkfrequenzen nutzen und daher nicht in Deutschland betrieben werden dürfen.

Die Bundesnetzagentur führt zunehmend auch anonyme Testkäufe durch, um Produkte zu prüfen, die nicht freiwillig zur Verfügung gestellt werden. In diesem Rahmen wurden 52 Produkte überprüft. All diese Produkte wiesen Auffälligkeiten auf und der Vertrieb auf den jeweiligen Plattformen wurde daher ausgesetzt. Dies betraf insgesamt 14.700 Geräte wie z. B. Drohnen, Smart-Home- oder LED-Produkte.

Bundesnetzagentur
Tulpenfeld 4
53113 Bonn

bundesnetzagentur.de
twitter.com/bnetza

Pressekontakt:

Fiete Wulff
Leiter Presse und
Öffentlichkeitsarbeit

Tel. +49 228 14 - 9921
pressestelle@bnetza.de



Bonn, 4. Januar 2018

Zusammenarbeit mit dem Zoll

Immer mehr Produkte werden von Verbrauchern online direkt aus Drittstaaten bestellt. Daher arbeitet die Bundesnetzagentur intensiv mit dem Zoll zusammen.

Der Zoll hat 2017 über 16.000 verdächtige Warensendungen an die Bundesnetzagentur gemeldet. Diese Meldungen umfassten insgesamt rund 240.000 Produkte. In 86 Prozent der Meldungen wurde keine Freigabe der Produkte für den europäischen Markt erteilt.

Der Anteil auffälliger Produkte bleibt damit auch hier auf konstant hohem Niveau. 2016 kamen von den Zollbehörden über 10.000 Meldungen über verdächtige Warensendungen, die insgesamt rund 270.000 Produkte umfassten.

Marktüberwachung im deutschen Einzelhandel

Die Bundesnetzagentur hat im Jahr 2017 etwa 3.000 Produkte im deutschen Einzelhandel überprüft. Hiervon wurden auch ca. 1.000 messtechnisch im Labor geprüft. Insgesamt erfolgten in etwa 800 Fällen behördliche markteinschränkende Maßnahmen.

Weitere Informationen zur Marktüberwachung der Bundesnetzagentur sind unter www.bundesnetzagentur.de/marktueberwachung veröffentlicht. Zusätzlich können Verbraucher sich über konkrete Produkte auf dem Informations- und Kommunikationssystem der europäischen Marktüberwachung informieren:

<https://webgate.ec.europa.eu/icsms/>.

Die Bundesnetzagentur zeigt Produkte, die aus dem Verkehr gezogen wurden, in einer Wanderausstellung. Aktuelle Termine werden unter www.bundesnetzagentur.de/wanderausstellung veröffentlicht.

Die Bundesnetzagentur ist eine Behörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Zu den zentralen Aufgaben der Regulierungsbehörde gehört die Aufsicht über die Märkte Energie, Telekommunikation, Post und Eisenbahn.

Die Bundesnetzagentur sorgt u.a. dafür, dass möglichst viele Unternehmen die Leitungsinfrastruktur in diesen Bereichen nutzen können, damit Verbraucherinnen und Verbraucher von Wettbewerb und günstigen Preisen profitieren.

Mit Hauptsitz in Bonn und Mainz sowie 46 Außenstellen in ganz Deutschland beschäftigt die Behörde über 2900 Mitarbeiter.